

Zusammenfassung der Debatte im Bundestag
am 22.4.09 in der aktuellen Stunde zu
**Konsequenzen aus dem Urteil des
Oberverwaltungsgerichtes Berlin-
Brandenburg zur militärischen Nutzung
der Kyritz-Ruppiner Heide vom
27.03.2009 (Bombodrom)**



Berlin - Schulzendorf, den 25. April 2009

Ein Protokoll der Debatte kann im Internet unter
http://www.bundestag.de/bic/plenarprotokolle/pp_pdf/16216.pdf eingesehen
werden. Wir haben es genau angesehen und fassen die Debatte wie folgt zusammen:

Zur Frage, ob die Luftwaffe überhaupt das Bombardieren üben soll:

Monika Knoche legte für DIE LINKE dar, warum die Bundeswehr das Bombenwerfen überhaupt nicht üben soll. „Wollen wir doch also einmal klarstellen, dass das, was die NATO unter Partnerschaft für Frieden betreibt, nichts anderes ist als das Betreiben von tatsächlichen Kriegsübungen. Weder in Afghanistan noch sonst wo auf der Welt gibt es ein Bedrohungsszenario, das das Üben erforderlich macht, Menschen mittels Luftwaffe durch Bombardements zu bedrohen oder sie gar zu töten.“

Die VertreterInnen aller anderen Parteien haben sich deutlich zur Bundeswehr bekannt und zur Notwendigkeit, die Einsatzfähigkeit der Luftwaffe zu gewährleisten.

Zur Frage, ob der „Luft-Boden-Schießplatz Wittstock“ für die Bundeswehr notwendig ist:

Kirsten Tackmann und Monika Knoche von der LINKEN finden ihn nicht notwendig, weil das Bombenwerfen nicht geübt werden muss. Andreas Weigel und Ernst Bahr (beide SPD) finden ihn nicht notwendig, da die Bundeswehr einen niedrigeren Übungsbedarf hat als bei der Planung zugrunde gelegt. Sie verweisen dazu auf den Bericht des Bundesrechnungshofs. Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU), Abgeordneter des Wahlkreises, in dem der Bombenabwurfplatz Siegenburg liegt, stellt richtig: die Zahlen im Bericht des Bundesrechnungshofes sind stark untertrieben. Dort ist von acht Einsatzstunden jährlich die Rede, faktisch waren es jährlich rund 200 Einsatzflüge mit einer durchschnittlichen Übungszeit von 10 bis 20 Minuten pro Einsatz. Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist der Meinung, der Schießplatz

Bankverbindung:
Sonderkonto Sichelschmiede
Konto-Nr. 1621661
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin
BLZ 16061938

www.sichelschmiede.org

sei für die Bundeswehr schon wünschenswert, aber nicht notwendig. Jörn Thießen (SPD) und Michael Stübgen (CDU/CSU) äußern sich dahingehend, dass die Bundeswehr den Luft-Boden-Schießplatz Wittstock eigentlich brauchen würde, dies aber politisch nicht durchsetzbar ist. Birgit Homburger (FDP) stellt fest, dass die Bundeswehr nie nachgewiesen hat, ob der Schießplatz notwendig ist.

Dass das „Bombodrom“ politisch nicht durchsetzbar, ist darin waren sich in dieser Debatte explizit einig: Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE), Jörn Thießen (SPD), Michael Stübgen (CDU/CSU), Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Die folgenden RednerInnen haben sich dafür eingesetzt, dass das Verteidigungsministerium auf eine Revision verzichtet:

Dr. Kirsten Tackmann und Monika Knoche (DIE LINKE), Andreas Weigel, Jörn Thießen und Ernst Bahr (SPD), Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Michael Stübgen (CDU/CSU).

Christian Schmidt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, macht für sein Ministerium deutlich, dass eine Entscheidung über eine Revision erst nach Eingang und Prüfung des schriftlichen Urteils getroffen wird.

Aber auch mit einem Verzicht auf eine Revision wäre das Bombodrom-Projekt noch lange nicht begraben. Haben sich die Abgeordneten tatsächlich für eine klare politische Entscheidung gegen das Bombodrom ausgesprochen?

Dr. Kirsten Tackmann und Monika Knoche (DIE LINKE) haben eine solche Entscheidung gefordert, und zwar explizit noch vor der Wahl.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) forderte ebenfalls, „jetzt das Vorhaben zu stoppen“

Für die SPD forderte Ernst Bahr, „den Rechtsstreit um die zukünftige Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide zu beenden und auf eine militärische Nutzung zu verzichten.“ Sein Fraktionskollege Andreas Weigel spricht dagegen nicht von einer expliziten politischen Entscheidung gegen das Vorhaben, sondern lediglich davon, zu akzeptieren, dass „Wittstock Geschichte“ sei.

Michael Stübgen (CDU/CSU) dagegen forderte explizit eine politische Entscheidung:

„Nach meiner Meinung ist das Projekt Luft-Boden-Schießplatz Kyritz-Ruppiner Heide politisch am Ende. Es ist völlig ausgeschlossen, dass es, selbst wenn eventuell eine Inbetriebnahme juristisch durchsetzbar wäre, auch nur ansatzweise eine Akzeptanz bei der betroffenen Bevölkerung in der Region geben wird. Zweitens. Auch juristisch ist das Verfahren in einer Sackgasse, nicht weil es keine Rechtsmittel mehr gäbe. diese wird es wahrscheinlich noch 10 oder 20 Jahre geben, nein, sondern weil ich der Überzeugung bin, dass weitere jahrelange Prozesse nicht der Weg zum Ziel sein können. Wir müssen politisch entscheiden.“

Anders klingt das bei seinem Fraktionskollegen Bernd Siebert (CDU/CSU): „Ich denke, dass nach fast 20-jähriger Auseinandersetzung dann die Zeit reif für eine Entscheidung ist. Meiner Ansicht nach kann dies nur ein Kompromiss zwischen den berechtigten Interessen aller Betroffenen sein. Dabei müssen die touristische

Entwicklung und die Lebensqualität der Anwohner, aber auch die nationalen Sicherheitsinteressen, die Qualität der Ausbildung unserer Flugzeugbesatzungen und die Solidarität mit unseren Verbündeten in der NATO und den Anwohnern der anderen Übungsplätze in Deutschland berücksichtigt werden.“

Zahlreiche Abgeordnete der Regierungskoalition und der FDP haben in der Debatte gefordert, es müsse über ein neues Übungskonzept für die Luftwaffe nachgedacht werden. (Namentlich Birgit Homburger (FDP), Andreas Weigel (SPD), Jörn Thießen (SPD), Dieter Steinecke (SPD), Bernd Siebert (CDU/CSU), Michael Stübgen (CDU/CSU), Dr. Hermann Kues (CDU/CSU).

Wir sollten wachsam bleiben. Zur Zeit ist Wahlkampf, und da möchte keine Partei gerne diejenige sein, die eine weitere Verlängerung des Verfahrens um das Bombodrom zu verantworten hat. Nicht ganz unwahrscheinlich scheint uns, dass sich das Verteidigungsministerium deshalb zu einem Verzicht auf die Revision durchringt, dann anfängt an einem „neuen Gesamtkonzept“ zu arbeiten, und mit der Arbeit an diesem Konzept erst nach der Wahl fertig wird. Dann könnte ein Luft-Boden-Schießplatz Wittstock mit leicht angepasstem Betriebskonzept wieder zur Sprache kommen.

Einige der Abgeordneten haben ein neues europäisches Gesamtkonzept gefordert. Damit fordern sie etwas, was für die nächsten Jahre ohnehin auf der to-do-Liste der Militärs steht: die EU-Staaten haben sich im Jahr 2004 das „European Headline Goal 2010“ als Ziel gesetzt. Darin heißt es,

„Die Mitgliedsstaaten haben die folgende Liste von Meilensteinen bis 2010 umrissen: ... d) quantitative Maßstäbe und Kriterien zu entwickeln, die nationale Streitkräfte, die sich am Headline Goal orientieren, im Bereich der Einsatzfähigkeit und im Bereich des multinationalen Trainings zu erfüllen haben.“

Michael Stübgen (CDU/CSU), Andreas Weigel (SPD), Dieter Steinecke (SPD) haben vorgeschlagen, die **Übungsflüge ins Ausland zu verlegen**. Zitat Dieter Steinecke: „Am besten sollten Übungen unserer Luftwaffe und der anderen NATO-Staaten in unbesiedelte Gebiete der nordatlantischen Bündnisgemeinschaft verlagert werden.“

Uns sind keine unbesiedelten Gebiete innerhalb des Gebiet der NATO-Staaten bekannt, sondern lediglich dünn besiedelte Gebiete. Sollte unsere Luftwaffe wieder auf dem Land der Innu in Kanada üben? Das ist keine gute Idee. Kein Bombodrom – nirgends!

Eine gerechte Lastenverteilung innerhalb von Deutschland forderten insbesondere die Abgeordneten für die Grafschaft Bentheim und für das Emsland, Dr. Hermann Kues (CDU/CSU) und Dieter Steinecke (SPD), wo Nordhorn Range liegt. Ihre Forderung: „Wenn in der Kyritz-Ruppiner Heide nicht geübt werden darf, darf nirgendwo in Deutschland geübt werden.“ (Steinecke)

Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU), Vertreter des Wahlkreises Landshut/Kelheim, in dem der Luft-Boden-Schießplatz Siegenburg liegt, sagte, die Menschen im Raum Siegenburg seien „ganz sicher bereit, Belastungen auf sich zu nehmen, wenn sie für unsere Verteidigung, für unsere Sicherheit notwendig sind.“ – aber auch nur dann.

Unser Fazit:

Angesichts des Wahlkampfs scheint es möglich, dass das Verteidigungsministerium tatsächlich auf eine Revision verzichtet. Wir sehen das Risiko, dass dann viele den Kampf für gewonnen halten, während er nur in die nächste Runde geht: Das Verteidigungsministerium würde ein neues umfassendes Übungskonzept für die Luftwaffe erstellen, das dann nach der Wahl fertig würde und in dem der Luft-Boden-Schießplatz Wittstock in leicht veränderter Weise (mit „Kompromissen“) doch wieder genutzt werden soll.

Wir fordern, dass die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode entscheidet, die Besitzrechte am ehemaligen Bombodrom-Gelände an die ursprünglichen BesitzerInnen bzw. deren Nachfahren zurück zu übertragen.

